

Steuern

1. Mehr als 22.000 Anträge für den kürzlich vorgestellten Umsatz-Ersatz sind inzwischen eingegangen, heißt es aus dem Finanzministerium. "Es gibt bereits Rückkoppelungen, weil die Antragstellung simpel ist", erklärt der Kärntner Wirtschaftstreuhand-Präsident Peter Katschnig. Ökonomen kritisieren, dass die Hilfe einen Konstruktionsfehler habe, da die ersetzten Umsätze (im Gewinnfall) auch der Einkommen- oder Körperschaftsteuer unterliegen müssten.
Kleine Zeitung Steiermark + Graz 13.11.20/S 36-37, Neue Vorarlberger Tageszeitung 13.11.20/S 28-29
2. Betriebe, die wegen der Coronapandemie ihre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge haben stunden lassen, können hoffen: Die Zahlungsfrist - derzeit spätestens 15. Jänner 2021 - dürfte verlängert werden. "Wir arbeiten an einer Lösung. Ziel ist es, wie in der Vergangenheit die Unternehmen zu unterstützen und möglichst viele durch die Krise zu bringen", heißt es aus dem Finanzministerium (BMF). Die Wirtschaftskammer (WKÖ) hat Donnerstag gefordert, die Frist in einem ersten Schritt zumindest um ein halbes oder ein Dreivierteljahr zu verlängern.
Salzburger Nachrichten 13.11.20/S 15, Kronen Zeitung (Morgenausgabe) 13.11.20/S 12
3. Die Corona-Krise beflügelt den Pfusch in Österreich massiv. Laut einer Studie des Linzer Ökonomen Friedrich Schneider wird die Schattenwirtschaft heuer um 1,8 Mrd EUR auf 24,69 Mrd EUR steigen. Das ist ein Zuwachs von 7,86 % und damit der höchste Wert seit 20 Jahren. Unterm Strich macht die Schwarzarbeit nun 6,40 % der gesamten Wertschöpfung in Österreich aus. Schwarzarbeit schädigt vor allem den Staat und die Sozialversicherungen. Ihnen entgehen Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von bis zu 3,5 Mrd EUR.
Kurier (Wien) 13.11.20/S 12
4. Nur Beherbergungsbetriebe können Ansprüche nach der erfolgten behördlichen Sperre gemäß Epidemiegesetz im Frühjahr geltend machen. Von den bis zu 16.000 Anträgen, die aus Gastro- und Beherbergungsbetrieben gemäß Epidemiegesetz eingelangt sind, dürften laut Schätzungen des Landes nur rund 6.000 übrig bleiben. Einzelne negative Bescheide bezüglich der Gastro sollen bereits zugegangen sein. Der Rest müsse nun via Steuerberater seine Ansprüche über ein adaptiertes Berechnungs-Tool neu eingeben.
Tiroler Tageszeitung 13.11.20/S 3
5. Viele Unternehmen beschäftigen sich derzeit mit einem Horrorszenario. Sollte zu den Corona-bedingten Problemen auch noch ein größerer Mitarbeiterausfall kommen, würde dies katastrophal. Dies könnte der Fall sein wenn die Schulen geschlossen würden. In der Ersten Group vertritt man die Ansicht, dass Schulschließungen wirklich nur das letzte Mittel sein sollten. Ähnlich sieht das der Handel. Spar und Rewe betonen unisono, dass eine Verschärfung der Personalsituation nicht leicht zu stemmen wäre.
Der Standard 13.11.20/S 23, Oberösterreichische Nachrichten 13.11.20/S 9

Steuern International

6. Die Corona-Pandemie hat die Steuereinnahmen in Deutschland drastisch einbrechen lassen. Bund, Ländern und Gemeinden wird es über das Jahr 2024 hinaus voraussichtlich nicht gelingen, das vor dem Ausbruch der Pandemie geschätzte jährliche Steueraufkommen wieder zu erreichen. Das geht aus der aktuellen Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen hervor. Insgesamt fehlen dem deutschen Staat in diesem Jahr gut 88 Mrd EUR an Steuereinnahmen, verglichen mit der Vorjahresprojektion. Im kommenden Jahr könnten es knapp 70 Mrd EUR sein.

Süddeutsche Zeitung 13.11.20/S 1, Frankfurter Allgemeine Zeitung 13.11.20/S 19, Börsen-Zeitung 13.11.20/S 1, Börsen-Zeitung 13.11.20/S 7, Frankfurter Rundschau 13.11.20/S 4, Die Welt 13.11.20/S 12

7. Die reduzierten Sätze bei der Mehrwertsteuer in Deutschland gelten noch für mehrere Wochen. Dabei müssen Konsumwillige jedoch aufpassen, dass sie nicht in eine quasi fest eingebaute Falle der Steuersenkung tappen. Denn über die Frage, ob 16 oder 19 % des Nettopreises an den Fiskus abgeführt werden müssen, entscheidet nicht etwa das Datum des Kaufvertrags oder der Tag der Bezahlung, sondern allein der Moment der Lieferung einer Ware oder der Fertigstellung einer Dienstleistung.

Die Welt 13.11.20/S 21

8. Jetzt rückt der Rentenexperte Bert Rürup wieder ins Scheinwerferlicht: Grund ist ein - weiten Teilen der Öffentlichkeit unbekannter - Brandbrief, den der Rentenreformer Rürup vor rund 13 Jahren schrieb. Die brisante Post mit Datum vom 20. Juli 2007 schickte Rürup an die damaligen SPD-Bundesminister Franz Müntefering und Peer Steinbrück. Die "Übergangsregelung des Alterseinkünftegesetzes" verstoße "in erheblichem Umfang gegen das Verbot der Zweifachbesteuerung".

Süddeutsche Zeitung 13.11.20/S 17, Süddeutsche Zeitung 13.11.20/S 1

9. Bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) gibt es weiterhin Defizite bei der Geldwäschekontrolle. "Es bleibt noch mehr zu tun, um die Regeln vollständig anzupassen", heißt es in einem Brief von EIB-Präsident Werner Hoyer an die Vorsitzende des EU-Haushaltsausschusses Monika Hohlmeier. Ein Problem sind demnach unter anderen die Kontrollen sogenannter "Politisch exponierter Personen" (PEPs) - das sind beispielsweise Politiker und deren Familienmitglieder, deren Person und Finanzgeschäfte wegen ihrer Machtstellung im Land besonders auf Geldwäscherisiken überprüft werden sollen.

Süddeutsche Zeitung 13.11.20/S 21

Wirtschaft Österreich

10. In Bundeskanzleramt und Sozialministerium ist man sich angesichts steigender Corona-Infektionszahlen offenbar einig, dass die schon geltenden Einschränkungen verschärft werden müssen. Mit Anfang kommender Woche soll das öffentliche Leben wieder auf das "Nötigste" heruntergefahren werden. Das soll neben der Schließung der Schulen auch den Handel (mit Ausnahme der versorgungsrelevanten Geschäfte) betreffen, berichtet die "Presse". Offiziell wollte das zuständige Gesundheitsministerium die geplante Schließung des Handels nicht kommentieren. Dort heißt es nach wie vor, man werde "die Entwicklung der Fallzahlen weiterhin evaluieren".

Die Presse 13.11.20/S 2

11. Große Schuldenberge werden derzeit zur Linderung der Corona-Pandemie-Folgen aufgetürmt, diese könnten teilweise durch Geldentwertung abgetragen werden. Experten warnen bereits vor einer steigenden Inflation. Laut vorliegenden Daten steigt diese in Österreich heuer stärker als in anderen

westlichen EU-Ländern. Während die Konsumentenpreise von Jänner bis September 2020 in den EU-27 um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, erhöhte sich die Inflation in Österreich im Vergleichszeitraum um 1,5 %.

Der Standard 13.11.20/S 27

12. Finanzminister Gernot Blümel sprach sich in einer Online-Konferenz der US-amerikanischen Nachrichtenagentur Bloomberg gegen die Verlängerung des Aussetzens der europäischen Fiskalregeln nach der Krise aus. "Wir waren mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ziemlich erfolgreich", meinte er. Die Defizitkriterien sollten nicht über die Krise hinaus aufgehoben bleiben. Offen zeigte er sich gegenüber einer Verlängerung der Ausnahmen für Staatshilfen, die im Frühjahr auslaufen.

Oberösterreichisches Volksblatt 13.11.20/S 9

13. Nicht nur bei Firmen, auch bei Privatpersonen bewirken die Corona-Maßnahmen eine paradoxe Entwicklung: Trotz höherer Schulden sinkt die Zahl der Insolvenzen. Die Frist für die Zahlung von Zinsen oder Rückzahlungen für bis Mitte März vergebene Kredite wurde bis Ende Jänner verlängert, eine weitere Stundung wird erwartet. Das nehme den Druck auf die Rückzahlungen. Laut ING-Umfrage erklärten 27 % der Österreicher, wegen der Pandemie weniger zu verdienen.

Salzburger Nachrichten 13.11.20/S 15

(c) Meta Communication International GmbH

A-1010 Wien, Reichsratsstr. 17, Tel.: 01/409 81 81, E-Mail: office@metacommunication.com